



Verbandsgemeinde Rhein - Selz

Information nach Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

– Videogestützte Kommunikation – Online-Meetings –

Verantwortlicher

(Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Verbandsgemeinde Rhein-Selz

Zentrale Dienste

Sant'Ambrogio-Ring 33

55276 Oppenheim

Telefon: 0 61 33 / 49 01 0

E-Mail: verbandsgemeinde@vg-rhein-selz.de

Beauftragte oder Beauftragter für den

Datenschutz (Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Verbandsgemeinde Rhein-Selz

Datenschutzbeauftragte

Sant'Ambrogio-Ring 33

55276 Oppenheim

Telefon: 0 61 33 / 49 01 23 8

E-Mail: datenschutzbeauftragte@vg-rhein-selz.de

Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DS-GVO)

Zweck

- Durchführung von virtuellen Besprechungen (Online-Meetings).
Ihre personenbezogenen Daten werden verarbeitet um Ihnen mit Cisco Webex Telekom einen cloudbasierten Web- und Videokonferenzdienst anbieten zu können und Ihnen somit die Teilnahme an Online-Meetings zu ermöglichen.

Rechtsgrundlage:

- Art. 6 Abs. 1 lit. e) DS-GVO und Art. 7 DS-GVO

Hinweis zum Widerruf von Einwilligungen:

Haben Sie der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zugestimmt, können Sie diese Einwilligung bei Bedarf jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bis zum Widerruf bleibt rechtmäßig.

Datenkategorien und Empfänger von personenbezogenen Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

- Teilnehmende Mitarbeitende der Verbandsgemeinde Rhein-Selz
- Teilnehmende Dritte an Online-Meetings
- Telekom - T-Systems International GmbH auf Grundlage eines Vertrags gemäß Art. 28 DS-GVO
- Cisco Systems, Inc. als Subunternehmer der Telekom - T-Systems International GmbH
- Folgende personenbezogene Daten werden von den Teilnehmenden im Rahmen digitaler Besprechungen erhoben und verarbeitet:
 - Registrierungsdaten (z.B. Name, Email-Adresse, Passwort, IP-Adresse)
 - Nutzungsdaten (z.B. Hardware-Typ, Betriebssystem, IP-Adresse, Zeitpunkt und Dauer des Meetings, Anzahl der Meetingteilnehmenden)
 - Kommunikationsinhalte (z.B. Chatinhalte, hochgeladene Dateien)

Zur Durchführung von Online-Meetings und zur Sicherstellung, dass nur berechtigte Personen daran teilnehmen (Einhaltung der Lizenzbestimmungen) werden Ihre Daten von Mitarbeitenden der Verbandsgemeindeverwaltung Rhein-Selz verwendet. Es haben innerhalb der Verwaltung nur diejenigen Personen Zugriff auf Ihre Daten, die für einen ordnungsgemäßen Ablauf der Besprechung zuständig sind und Ihre Daten zur Verwaltung der Zugriffsberechtigungen benötigen.

Datenverarbeitung durch einen Dritten/Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Cisco Webex Telekom ist eine cloudbasierte Anwendung, die nicht direkt von der Verbandsgemeinde Rhein-Selz betrieben wird. Ihre Daten werden in unserem Auftrag von der Telekom - T-Systems International GmbH -, Hahnstraße 43d, 60528 Frankfurt am Main verarbeitet. Mit der Telekom – T-Systems International GmbH haben wir einen Vertrag über die Auftragsverarbeitung geschlossen. Unterauftragsverarbeiter für die Telekom – T-Systems International GmbH – ist Cisco Systems, 9-11 Neu Square, Bedfont Lakes, Feltham, United Kingdom, als Systemlieferant. Mit Cisco Systems hat die Telekom die notwendigen Verträge über die Auftragsdatenverarbeitung abgeschlossen. Weitere Hinweise zur Auftragsdatenverarbeitung und zum Datenschutz finden Sie unter:

https://konferenzen.telekom.de/fileadmin/Redaktion/conference/pdf/Anlage_2_Cisco_Webex_Auftragsverarbeitungsvertrag_AVV.pdf

https://konferenzen.telekom.de/fileadmin/Redaktion/conference/cisco-webex/ErgB-AV_Konferenzloesungen_des_Partners_Cisco_WebexStandard_10.pdf

https://konferenzen.telekom.de/fileadmin/Redaktion/conference/pdf/Datenschutz_Cisco_WebEx.pdf

Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Wir speichern Ihre personenbezogenen Daten nur solange, wie es für die Zwecke der Durchführung von Videokonferenzen, der Nachverfolgung von Lizenzkonditionen oder der Problemdiagnose und Service-Verbesserungen erforderlich ist.

Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. c bis d DS-GVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO). In dem Auskunftsantrag sollten das Anliegen präzisiert werden, um das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren (z.B. Steuerart und Jahr) und zum Verfahrensabschnitt (z.B. Festsetzung, Zahlungsabwicklung, Vollstreckung) gemacht werden.
- Recht auf **Berichtigung**, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO).
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Der Anspruch auf Löschung hängt unter anderem davon ab, ob die betreffenden Daten von der öffentlichen Stelle zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden.
Ausnahmen vom Recht auf Löschung bestehen zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**,
 - insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird,
 - für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt,
 - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können,
 - oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.
- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.
Die verantwortliche Stelle kann dem jedoch nicht nachkommen, wenn an der Verarbeitung ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift sie zur Verarbeitung verpflichtet (z.B. Durchführung des Besteuerungsverfahrens, Führung des Gewerberegisters).

- **Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)**

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim **Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz**, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz, Tel.-Nr.: 0 61 31 / 89 20 0, Fax: 0 61 31 / 89 20 29 9, E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de